

## „Robert Habeck baggert nach Kohle und verpestet die Luft“

Stand: 14.04.2023 | Lesedauer: 6 Minuten

Von **Nikolaus Doll**, **Ulrich Exner**



Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne)

Quelle: picture alliance/Jochen Tack; picture alliance/dpa/Bernd von Jutrczenka; Infografik WELT

Am Samstag endet die deutsche Atom-Ära – begleitet von schärfster Kritik aus Politik und von Energie-Experten. Sie warnen vor großen Versorgungsengpässen und dauerhaft hohen Preisen für Verbraucher. Besonders düster könnte es werden, wenn der Kohleausstieg plangemäß 2030 durchgezogen wird.

**M**arkus Söder (CSU) war am Donnerstag noch einmal im niederbayerischen Essenbach an der Donau – Abschied nehmen. Von Isar 2. Einem der drei noch verbliebenen Kernkraftwerke in Deutschland, die an diesem Samstag vom Netz gehen. Es ist der letzte Akt im jahrzehntelangen Ringen um den endgültigen Atomausstieg. Eine „echte Gefahr für Deutschlands Energieversorgung“ sei das Atom-Aus, sagte Bayerns Ministerpräsident. Und überhaupt: „Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen.“

Forschungsreaktoren will die CSU in Bayern nun bauen lassen. Wenigstens der Freistaat soll mithalten bei der Weiterentwicklung der Nukleartechnologie. Immerhin hält eine Mehrheit der Bundesbürger laut mehreren Umfragen den Ausstieg derzeit für falsch angesichts knapper Gasreserven und hoher Energiepreise.

„Wer Atomkraftwerke in der Ukraine sicher und in Ordnung findet und deutsche Kernkraftwerke abschaltet, der belügt sich selbst“, sagt CSU-Generalsekretär Martin Huber WELT AM SONNTAG. „Wir brauchen klimafreundlichen Atomstrom für die Erreichung der Klimaziele und die Energiesicherheit, stattdessen baggert Robert Habeck nach Kohle und verpestet die Luft.“

Natürlich wissen die Bayern, dass der Atomausstieg das letzte Wort ist. Die Frage lautet nun, wie Deutschland ohne Kernenergie durch den nächsten Winter kommt – durch die nächsten Jahre. Der Stromhunger wird steigen, wenn wie geplant unzählige Wärmepumpen in die Häuser und Batterieautos auf die Straßen kommen.

Die drei verbliebenen Kernkraftwerke hatten zwar zuletzt nur noch einen Anteil von vier bis fünf Prozent an der Stromerzeugung im Land. Zusammen erzeugen sie knapp 4,3 Gigawatt Strom. Würden sie auf Hochtouren laufen, könnte man damit rund zwei Millionen Backöfen oder drei Millionen Staubsauger betreiben oder 500 Millionen energiesparende LED-Birnen leuchten lassen. Das klingt eindrucksvoll, ist aber gemessen am Gesamtverbrauch in Deutschland ein Klacks. Nur: Dieser Strom war „grundlastfähig“, er stand immer zur Verfügung, egal ob der Wind bläst oder die Sonne scheint. Er musste nicht aufwendig gespeichert werden.

Klimaschutzminister Robert Habeck (Grüne) und Vertreter rot-grün regierter Bundesländer geben zwar Entwarnung (<https://welt.de/244719594>). „Die Energieversorgungssicherheit in Deutschland ist und bleibt gewährleistet“, sagt Habeck. Das klingt nach Norbert Blüms „die Rente ist sicher“, und Habeck wird sich wie der verstorbene CDU-Sozialpolitiker und Bundesminister an diesem Satz messen lassen müssen.

Und daran, ob Bürger und Betriebe ausreichend Energie künftig bezahlen können. Es gibt eine Reihe von Experten, die entwerfen ein ganz anderes Bild als das Habecks von der sicheren Versorgung – Energiefachleute aus der Wirtschaft oder von Verbänden.

## **„Aus Sicht der Wirtschaft nicht der richtige Weg“**

Schleswig-Holstein, Robert Habecks Heimat, ist auch das Hoffungsland des Grünen-Politikers für die maßgeblich von seiner Partei vorangetriebene Energiewende. Nur in den ungleich größeren Bundesländern Niedersachsen, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen drehen sich mehr Windräder.

In Brunsbüttel an der Elbmündung liegt zudem eines der sechs Terminals für Flüssiggas (LNG) (<https://welt.de/243211851>), an denen derzeit in Deutschland gearbeitet wird. „Die Stromversorgung ist gesichert“, erklärt der Umweltminister Schleswig-Holsteins, Tobias Goldschmidt (Grüne). Das gelte auch für Erdgas: „Einsparungen, Ersatzbeschaffungen etwa von LNG und Brennstoffwechsel waren der Schlüssel dafür“, sagt er.

Auch Olaf Lies, SPD-Wirtschaftsminister Niedersachsens, dem Land mit den meisten Windrädern, zerstreut Zweifel: „Die Bundesnetzagentur und die Stromnetzbetreiber beobachten dauerhaft und prognostizieren wiederkehrend die Versorgungssicherheit in Deutschland. In allen Analysen kommen sie zu dem Ergebnis, dass die Versorgungssicherheit im kommenden Winter gesichert ist.“

Tatsächlich verweist die Netzagentur auf Anfrage auf die hohen Reserven beim Gas: „Mit Stand vom 14. April 2023 liegt der Gesamt-Erdgasspeicherstand in Deutschland bei 64,58 Prozent“, teilt die Behörde mit.

Und das zum Ende der Heizperiode. In Habecks Ministerium heißt es zu möglichen Kostensteigerungen für Kunden: „Der Markt hatte ausreichend Zeit, sich auf den 15. April einzustellen und hat sich auch eingestellt. Deshalb ist auch nicht mit einem Anstieg der Preise zu rechnen, da Lieferverträge ja auch länger Bestand haben.“

Nun stehen hinter all diesen Aussagen Befürworter des Atomausstiegs und der Energiewende, so wie sie die Bundesregierung derzeit plant. Fachleute, die der rot-grünen Energiepolitik nicht nahestehen, sind deutlich skeptischer. Wirtschaftsvertreter warnen längst vor Versorgungsengpässen ohne Atomstrom. „In einer Angebotskrise das Angebot an Energie weiter zu verknappen ist aus Sicht der Wirtschaft nicht der richtige Weg“, sagt der Energieexperte des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK), Sebastian Bolay dieser Zeitung. Und wenn ein Gut knapp ist, steigen die Preise beziehungsweise sie bleiben hoch.

Aus der Energiekrise hätte die Bundesregierung die richtigen Schlüsse ziehen müssen, fordert Bolay: „Das bedeutet zum Beispiel auch, Kraftwerke erst abzuschalten, wenn andere Leistungen zu Verfügung stehen.“ Genau das ist nicht der Fall.

## **Sorge vor einer gewaltigen Lücke**

So kommt der Ausbau erneuerbarer Energie, die die Leistung der Kernkraftwerke kompensieren soll, nicht in dem erhofften Tempo voran. Im Schnitt sollen bis 2030 täglich „vier bis fünf Windräder“ an Land errichtet werden, hatte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) vor rund zwei Monaten angekündigt. Das ist schon aufgrund der langen Genehmigungsverfahren kaum zu schaffen.

Also fährt die Ampel-Koalition alte Kohlekraftwerke wieder hoch und unter Vollast laufen. Überdies setzt sie auf den Zukauf von teurem Flüssiggas, das schon aufgrund seiner oft schmutzigen Fördertechniken eine schlechte Klimabilanz hat.

„Deutschland wird hohe LNG-Mengen vom Weltmarkt beschaffen müssen. Es hat damit das Preisrisiko des internationalen Gasmarktes und muss sich im Wettbewerb insbesondere mit asiatischen Käufern sein Erdgas sichern. Das wird seinen – hohen – Preis haben“, warnt Ludwig Möhring, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands Erdgas, Erdöl und Geoenergie. „Auch die aktuellen Preise sind immer noch mehr als doppelt so hoch wie die historisch gewohnten Preise aus der letzten Dekade. Damit können die Verbraucher nicht umgehen, und der Staat kann das auch nicht unbegrenzt subventionieren.“ Möhring sieht „keine Versorgungskrise“, sondern vielmehr eine „Gaspreiskrise“, was sich, da Gas verstromt wird, auch auf den Strompreis auswirkt.

Doch andere Experten folgen ihm in diesem Punkt nicht. Sie sind pessimistischer, was die Versorgung angeht. Der Wegfall der Atomkraftwerke lasse sich zwar kurzfristig durch den Ausbau erneuerbarer Energie und insbesondere durch die bestehenden Kohle- sowie Gaskraftwerke ausgleichen, prognostiziert Timm Kehler, Vorstand des Branchenverbands Zukunft Gas.

„Steigen wir, wie angestrebt, bis 2030 zusätzlich aus der Kohleverstromung aus, steuert Deutschland auf eine massive Stromlücke zu, denn Wind und Sonne können nicht immer liefern“, so Kehler. „Wir gehen selbst unter optimistischen Annahmen davon aus, dass 2031 mindestens 15 Gigawatt an gesicherter Leistung fehlen werden“. Das entspricht etwa 30 Gaskraftwerken, die in den nächsten acht Jahren gebaut und in Betrieb genommen werden müssten, damit der Zeitplan für den Kohleausstieg und das Erreichen der Klimaziele eingehalten werden kann.

**„Kick-off Politik“ ist der tägliche Nachrichtenpodcast von WELT. Das wichtigste Thema analysiert von WELT-Redakteuren und die Termine des Tages. Abonnieren Sie den Podcast unter anderem bei Spotify (<https://open.spotify.com/show/5YJ9twWCs7n3TWY1v9qCND>), Apple Podcasts (<https://podcasts.apple.com/de/podcast/kick-off-politik/id1584780171>), Amazon Music ([https://music.amazon.de/podcasts/301a2b98-059b-4c75-84cd-d7f12a072607/KICKOFF-POLITIK?ref=dm\\_sh\\_DJg0sEabHwpV0f8wc9yZuPh8v](https://music.amazon.de/podcasts/301a2b98-059b-4c75-84cd-d7f12a072607/KICKOFF-POLITIK?ref=dm_sh_DJg0sEabHwpV0f8wc9yZuPh8v)) oder direkt per RSS-Feed.**

---

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/244807584>





